

## Mit Rekordinvestitionen auf dem Weg!

Rede  
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs  
für das Jahr 2012  
Würzburg, 20. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erwarten, ich liefere; in diesem Fall das passende Zitat meines geschätzten Dichters: *"Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen."* Dieser Satz passt wie kein anderer zur Überschrift der diesjährigen Haushaltsrede: *„Mit Rekordinvestitionen auf dem Weg!“*

Das neue Herbstgutachten, das letzte Woche veröffentlicht wurde, weist nur noch ein Wirtschaftswachstum von 0,8 % für das kommende Jahr aus. Die Bild-Zeitung titelte hierzu: „Deutschland droht der Konjunkturcrash.“ Die Süddeutsche hingegen: „Deutschland schrammt an Rezession vorbei.“ Was stimmt? Das ist die Kernfrage bei der Haushaltsaufstellung, nicht so sehr im Hinblick auf das nächste Jahr, sondern auf anzustoßende Investitionen, die sich über mehrere Jahre, eben mittelfristig, hinziehen.

Anfangen muss ich leider wieder einmal mit einer Positionsbestimmung über Würzburg hinaus. Für die kommunale Ebene insgesamt, nicht für Würzburg, treffen gerade viele verheerende Nachrichten ein:

- Zwischen 2008 und 2010 hat ein Großteil der deutschen Kommunen (außer in Bayern, Thüringen und Baden-Württemberg) auf die Doppik umgestellt. Das in den Eröffnungsbilanzen gebildete Eigenkapital ist mittlerweile rechnerisch verzehrt.
- Das Bundesland Hessen, das als Vorreiter auf der Länderebene auch auf die Doppik umgestellt hat, hat bereits in seiner Eröffnungsbilanz dieses Jahr ein Eigenkapital auf der linken Seite der Bilanz vorgelegt, - also, ein negatives Eigenkapital.
- Nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern fast flächendeckend sind die Kommunalhaushalte notleidend. Eine vergleichbare Stadt wie Kaiserslautern mit 99 Tsd. Einwohnern hat bereits 570.000.000 EUR an Liquiditätskrediten. Brot und Butter der Angestellten und Beamten werden vom Dispo bezahlt.
- Das hat Folgen. Kommunen ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept erhalten teilweise nur noch Geld von den Investitionsförderbanken der Länder, mithin den „bad-banks“ oder „shadow-banks“ der Länderfinanzminister.
- Entschuldungsfonds werden in mehreren Bundesländern eingerichtet, teilweise mit zu geringer Mittelausstattung. Für ganz NRW stehen dieses Jahr 350 Mio. zur Verfügung. Allein Essen hat aber 2 Mrd. EUR an Kassenkrediten.
- Gleichzeitig kommt das Kommunalrating. Bislang erhielten Kommunen landauf, landab zu gleichen Konditionen Geld, unabhängig von ihrer finanziellen Performance. Maßgeblich war das Standing der Bundesrepublik und ihrer Länder.

Investoren glauben aber nicht mehr an ein tatsächliches flächendeckendes Funktionieren der faktischen Staatshaftung. Dies kostet nach Expertenmeinung „schlechte“ Adressen bis zu 0,80 % im Zins.

- Gleichzeitig kommt Basel III. Basel III trifft auch die Kommunen, da künftig auch Kredite an Kommunen neben anderem mit Eigenkapital zu unterlegen sind. Das macht allein den Kommunalkredit um voraussichtlich rd. 0,50 % teurer.
- Gleichzeitig kommt die europäische Staatsschuldenkrise und damit einhergehend kommt gleichzeitig ein Abebben des wirtschaftlichen Aufschwungs...

Das ist das große Gemälde vor dem wir in Würzburg, ordentlich und solide wirtschaftend, nicht nur den Haushalt 2012, sondern auch Investitionen in den Folgejahren haushalterisch anlegen wollen und ich denke auch mit Umsicht angehen sollten. Wichtig ist für mich, dass wir die Manövrierfähigkeit bei jedem wirtschaftlichen Szenario behalten und auch, wenn notwendig, umsteuern können. Lassen Sie uns nun vor dem Hintergrund dieses Gemäldes einen Blick in unseren Haushaltentwurf werfen.

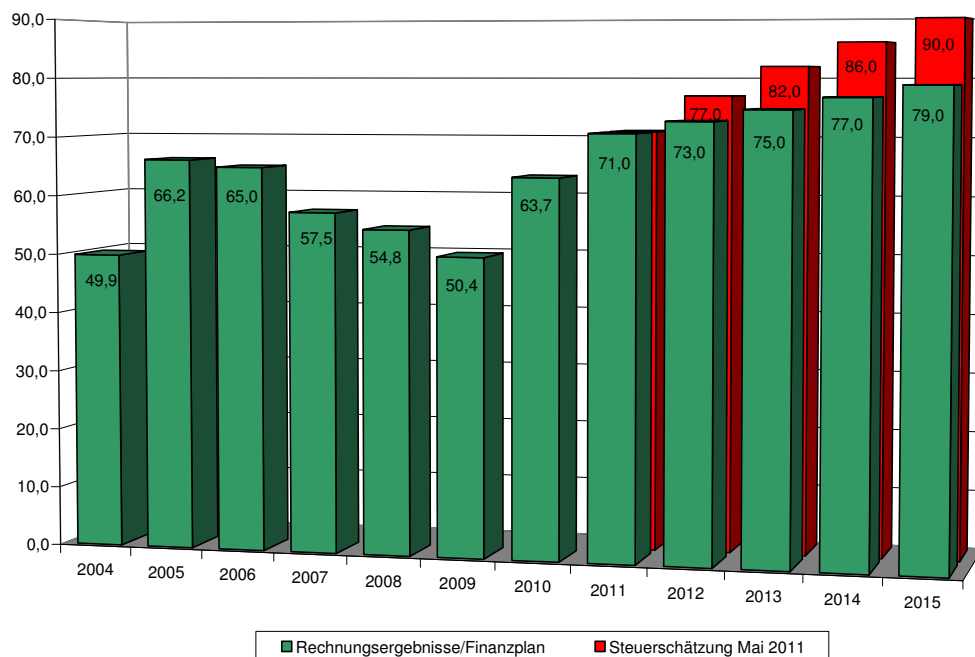
Der Ihnen heute vorzulegende Entwurf des Haushalts für das kommende Jahr, 2012 ist auf der Einnahmenseite von auskömmlichen Ansätzen geprägt. Damit können wir das Laufende, die Personalkosten, die Sozialkosten und vor allem auch die Mittel für Schulen und Straßen auf dem aktuellen Niveau halten oder sogar moderat steigern, z. B. für Stützmauern. Gleichwohl aus den verbleibenden Überschüssen, die als Zuführung an den Vermögenshaushalt fließen, müssen wir unseren Eigenanteil an kommunalen Investitionen finanzieren. Und obwohl wir ein Gewerbesteuervolumen auf Rekordniveau weiter fortschreiben, gelingt es diese Zuführung nur moderat über 10 Mio. EUR zu steigern auf jetzt 13,5 Mio. EUR. Im Vermögenshaushalt auf der Ausgabenseite hingegen müssen wir feststellen, dass neben unseren eigenen hoch priorisierten Vorhaben auch weitere Ausgaben uns aufgezwungen sind, die es zu finanzieren gilt. Ich denke hier an den Zeller Bock oder die notwendige Generalsanierung der Randersackerer Brücke. Damit ist unser Haushaltsschiff schon belastet bevor wir in See stechen.

Dies macht auch die Haushaltsplanaufstellung trotz einer hervorragenden Einnahmenbasis nicht einfach, sondern im Gegenteil sehr schwierig. Da gilt es Auszutariieren und die Belastungen über die Jahre intelligent und geschickt zu verteilen, damit unser Haushalt auch im Falle einer nur leicht rückläufigen Wirtschaftsentwicklung auskömmlich ist und wir nicht Schlagseite bekommen (und ein „Kamel“ baden geht). Dies leistet der Entwurf.

Im kommunalen Kernhaushalt kommen wir diesmal nicht nur im kommenden Jahr ohne eine Nettoneuverschuldung aus, sondern nun auch in den Folgejahren. Dies aber nur ohne unsere eigenen gewichtigen Investitionsprioritäten möglich. Die Rücklagenentnahme bewegt sich auf dem Niveau das wir in der Mittelfristigen Finanzplanung, der Kürze wegen MiFi genannt, letztes Jahr für 2012 vorgesehen hatten. Wir benötigen ca. 7 Mio. EUR vom Sparbuch um die nächsten drei Jahre glatt zu ziehen. Und, die gute Nachricht bereits am Anfang, wir gehen davon aus, dass wir im laufenden Jahr 2011 auf einen Großteil der eigentlich geplanten Rücklagenentnahme sogar werden verzichten können.

Nun aber der Reihe nach zu unseren Haupteinnahmequellen, insbesondere der Gewerbesteuer.

## Gewerbesteuer



Wie sieht die Konjunktur aus? Abkühlung und Rückgänge sind auch für den Krisenstar Deutschland zu erwarten. Abkühlung der Wirtschaftsleistung oder Untergang des Euro, beim Blick auf die Entwicklung der Währung, möchte man sich fragen. Nun, - es stellt sich etwas konkretisiert die Frage, ob die befürchteten und konstruierten Dominoeffekte mit der einen Umfallstraße Griechenland, Portugal, Italien und der dadurch ausgelösten Parallelstraße Bankenpleiten und weiteres indirektes Gelddrucken der EZB zum Wirtschafts-„Gau“ führen. Das ist schwer zu antizipieren und hierzu gibt es kein richtig oder falsch.

Welche Vorbereitungen können für den Würzburger Haushalt für ein solches Szenario getroffen werden? Auf jeden Fall kein Vernünftigen; denn ein Sicherungsmanöver bei einem angenommenen „Weltuntergangsszenario“ könnte nur der vollständige Verzicht auf sämtliche bereits begonnenen oder sich in Vorbereitung befindlichen Investitionen sein und einen Ausgabenverzicht in allumfassender Form nach sich ziehen. Eine solche Konsum- und Investitionszurückhaltung wäre allerdings weder sachgerecht noch umsetzbar, noch vernünftig. Wir können nämlich keinen „safe haven“, keinen sicheren Hafen, anlaufen. Es gibt keinen. Wir sind auf See und da gilt es einen kühlen Kopf zu behalten und abzuwägen und nicht unsere Ladung über Bord zu werfen.

Die Einnahmen sind auf Rekordniveau und sie fallen zeitversetzt an. So wie Sie erst nächstes Jahr ihre Einkommenssteuererklärung für 2011 machen, verhält es sich auch im Wesentlichen bei unseren Unternehmen. Die Finanzämter vereinnahmen in 2012 die Gewinne für 2011. Dies gilt für unsere Beteiligung an der Einkommenssteuer, die Kommunen sind bekanntlich mit 15 % hieran beteiligt und gilt genauso für die durch uns erhobene Gewerbesteuer. Die Steuerschätzung vom Mai geht sogar bis 2015 von einer weiteren Steigerung der Steuereinnahmen trotz eines nur moderaten Wirtschaftswachstums aus. Es wird eine Steigerung des gesamten Steueraufkommens um 17,5 % bis 2015 prognostiziert. Dies entspricht jahresbezogen 4,1 %. Die Aufkommenssteigerung für die kommunale Ebene wird auf 23,5 % geschätzt. Die nach Steuerschätzung „zulässige“ oder „begründbare“ Entwicklung ist als hintere Reihe im Schaubild abgebildet.

Es ist richtig, dass die Schätzer auch schon häufig und kräftig daneben gelangt haben. Ein Schätzfehler ist sicherlich auch für die gerade genannten Zahlen zu erwarten. Selbst wenn das Wachstum der Steuereinnahmen nur hälftig ausfällt, ist es daher wohl vorsichtig genug, für 2012 nur von einer moderaten Steigerung der Ansätze gegenüber 2011 auszugehen und daher keinen signifikanten Aufwuchs einzuplanen. Nach aktuellem Planungsstand gehen wir von einem Gewerbesteueraufkommen von 73 Mio. EUR in 2012 gegenüber 71 Mio. EUR in 2011 aus. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,8 %. Aktuell liegen wir vor der anstehenden Globalreinigung übrigens genau bei jenen 73 Mio. EUR. – Man kann sich auch „tot“-planen.

Sollte aber im Jahresverlauf 2012 die Konjunktorentwicklung nicht nur abkühlen, sondern einen rechten Frostschaden bekommen, ist es immer noch Zeit das Ruder herumzulegen und sich dann auf die vorherrschende Windrichtung einzulassen. Dann gilt es, die in Aussicht genommenen Investitionen nicht zu forcieren sondern zurückzustellen, in Aussicht genommene Stellenzuwächse einzukassieren und wo es geht die Sachkosten einzudämmen. Dies ist der Grundtenor für den Haushalt 2012, den wir im Entwurf erarbeitet haben.

Diese Einschätzung kann sich als falsch erweisen. Sie ist aber aus heutiger Sicht richtig und m. E. die einzig zulässige Einschätzungsprärogative. Hierüber müssen wir selber für uns gemeinsam befinden, denn im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sind wir die „Gesetzgeber“ mit Satzungskompetenz.

Für die Folgejahre der Mittelfristigen Finanzplanung sieht es schwieriger aus. Am Liebsten würde ich hier mit „angezogener Handbremse“ fahren und die Ansätze herunternehmen. Auch dies ist heute ohne besseres Wissen verfrüht. Wichtig ist es allerdings Haltepunkte zu haben, mitunter wesentliche investive Segel reffen zu können. Dazu später mehr.

A propos Gesetzgeber. Das kommunale Finanzausgleichsgesetz ist nicht ohne. Ich habe mich hier schon des Öfteren über die „Vor-Vor-Jahres-Löffelchen-und-Suppentopftheorie“ ausgelassen. Unser Aufkommensanteil am Vorvorjahr des Planjahres, also 2010 für 2012 bestimmt wie groß unser Anteil an der Schlüsselmasse ist. Da wir uns vergangenes Jahr überproportional beim Steueraufkommen entwickelt haben, verkleinert sich unser „Löffelchen“ relativ. Gleichzeitig ist aber zu erwarten, dass der Topf oder die „Schüssel“ größer ausfällt und wir damit hinlänglich auch im Rahmen des aktuellen Anteils zulangen können. Wir gehen davon aus, dass wir auch im kommenden Jahr 40 Mio. EUR vom Freistaat erhalten. Hier gilt es auch klarzustellen, dass es seitens des Freistaates schon außerordentlich kommunalfreundlich ist, sich nicht zu Lasten der kommunalen Ebene eben durch eine Reduzierung der Leistungen des Kommunalen Finanzausgleichs zu sanieren. Diesen Weg plant z.B. ein anderer Freistaat nämlich Thüringen. Dort werden die Schlüsselzuweisungen einfach mal so um 25 % reduziert.

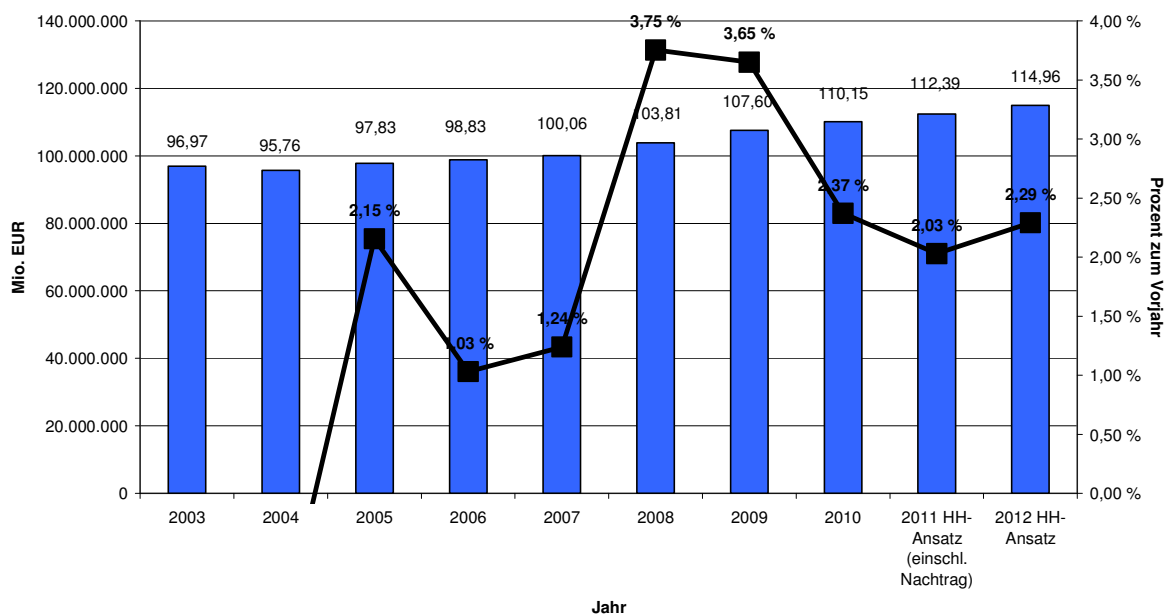
Ein Wehmutstropfen ist allerdings der in diesem Jahr auftretende Schlüsselschaden. Dieser kostet uns 1 Mio. EUR bei der Einkommenssteuer, die wir mit 50 Mio. EUR angesetzt haben. Der Schlüsselschaden ist eine Folge der dreijährlich aktualisierten Prokopfgewichtung unserer Bürger. Hier hat Würzburg etwas abgenommen. Will heißen, dass relevante Aufkommen bis 30 Tsd. EUR pro Kopf hat sich im Verhältnis zu den sonstigen Kommunen im Freistaat ungünstiger entwickelt. Darüber warum, kann man philosophieren. Dies liegt am wachsenden Bevölkerungsanteil wenig verdienender Studierender, dass Senioren in die Stadt ziehen, mitunter eben an einem etwas veränderten Bevölkerungsmix.

Auch deswegen ist es so wichtig, dass wir neue Baugebiete auf den Leightons schnell ausweisen können; nämlich um Steuerbürger nach Würzburg zu bringen. Jeder Einzelne

bringt im Durchschnitt neben seiner eigenen Kaufkraft, die er in den Geschäften und z.B. auch in der Gastronomie erbringt, auch rd. 500 EUR im Durchschnitt pro Jahr an Schlüsselzuweisungen und Einkommenssteuerbeteiligung.

Negativ wirkt künftig auch die Fortschreibung des Demografiefaktors im Finanzausgleichsgesetz. Dieser soll eine Stärkung der Kommunen mit Bevölkerungsverlusten erreichen, indem als Basiswert die Kopffzahlen von jeweils vor fünf Jahren angesetzt werden. Damit werden aber umgekehrt Kommunen, die wie wir leicht wachsen oder wenigstens ihre Bevölkerungszahlen halten, aus Solidaritätsgründen zurückgesetzt.

**Entwicklung der Gesamtpersonalausgaben (Gr.4)**



Auf der Ausgabenseite bleibt der Personalhaushalt unser Kostenfaktor Nr. 1, den es stets im Auge zu halten gilt. Die Entwicklung der Personalkosten in Relation zum Volumen des Verwaltungshaushaltes kann in etwa konstant gehalten werden. Dies ist eine enorme Leistung, da die Pensionslasten bekanntermaßen überproportional ansteigen. An dieser Stelle, darf ich hausintern auch mal einen Dank aussprechen und zwar an Herrn Dr. Uwe Zimmermann, der sehr qualifiziert und sehr objektiv und damit auch akzeptiert, den Stellenplan in den vergangenen beiden Jahren weiterentwickelt hat. Dies war auch mir ein sehr großes Anliegen und deswegen bin ich froh, dass er sich dieser Aufgabe mit soviel Verve annimmt.

Im Stellenplan weisen wir 13 neue den Haushalt belastende Stellen, gemäß Verwaltungsentwurf, aus. Bei 2800 Beschäftigten ist das überschaubar, belastet jedoch den Haushalt dauerhaft. Nicht alles was wir uns hier genehmigen kann daher so umgesetzt werden und wir müssen bei der Besetzung der neuen Stellen auch vorsichtig vorgehen und in einzelnen Fällen uns dazu durchringen, eine Stelle, die wir einrichten oder vorhanden ist, nicht zu besetzen. Das ist schwierig und auch schwierig in der Kommunikation, weil die Fachdienststellen – schlimm wenn es anders wäre – in der Regel hervorragende Argumente haben. Hier ist die passende Stelle für ein Zitat. Es stammt von Phillip Rosenthal. Das ist der Rosenthal mit dem Porzellan. „*Manager: [ist] der Mann, der genau weiß, was er nicht kann, und der sich dafür die richtigen Leute sucht.*“

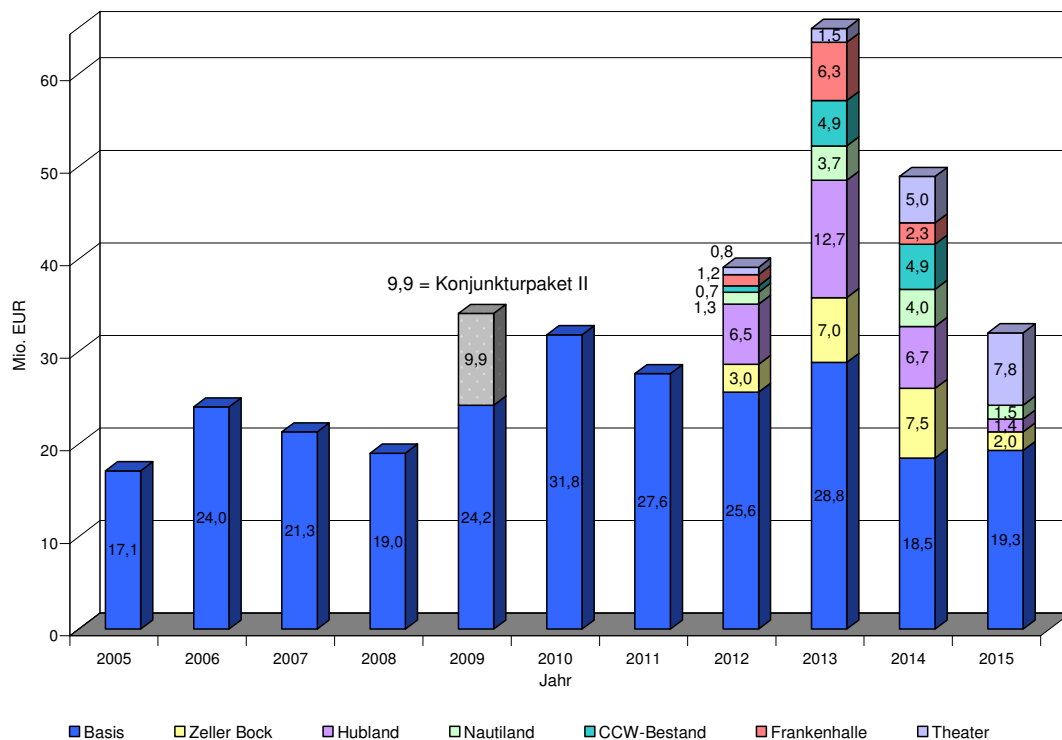
Spaß beiseite: Investitionen kann man aufschieben oder absagen, Personal möchte ich nie abbauen müssen. Daher diese eindringliche Botschaft zur nachhaltigen Selbstdisziplin. Dies gehört zu solider Haushaltspolitik dazu, der ich mich verpflichtet fühle. Die regulären Personalkostensteigerungen haben wir mit 1,5 % bei den Beamten und nach eigener Einschätzung mit 2,0 % bei den Angestellten angesetzt.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der größte Einzelplan ist natürlich der Sozialhaushalt. Hier beobachten wir eine weiterhin ungebremste Entwicklung der Kosten für die Jugendhilfe. Diese steigen von 16,6 Mio. EUR um weitere 0,8 Mio. EUR auf nunmehr 17,4 Mio. EUR in 2012. Von 2003 bis 2007 haben wir im Durchschnitt knapp 12 Mio. EUR bezahlt. D.h. in einem halben Jahrzehnt sind die Kosten für die Jugendhilfe um knapp die Hälfte gestiegen. Hintergrund für diese Entwicklung ist die äußerst dynamische Fallzahlenentwicklung bei der Jugendhilfe. Positiv kann der Teil der Entwicklung bewertet werden, der auf ein verstärktes Hinschauen und tatkräftiges aber kostenintensives Eingreifen der Sozialverwaltung zurückzuführen ist. Daneben gibt es leider natürlich auch den Teil der Kostensteigerung, der auf die tatsächliche Zunahme der Grundgesamtheit zu betreuender Fälle zurückzuführen ist. Dies ist ein großes gesellschaftliches Problem, dem man mit nur mehr Geld sicherlich nicht gerecht wird.

Bei den Tageseinrichtungen für Kinder steigen die laufenden Zuschüsse nach dem BayKiBiG von 13,7 Mio. EUR um 1,8 Mio. EUR auf 15,5 Mio. EUR. Ein Grund hierfür ist unter anderem der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. Diese Entwicklung ist politisch so gewollt und gesetzlich vorgegeben, weil ab August 2013 jedes Kind unter drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben soll.

Ich will bei dieser Gelegenheit nicht müde werden, auf die enorme Leistung der Stadt Würzburg zu verweisen in wenigen Jahren 12 Mio. EUR für den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten umzusetzen. Zum größten Teil handelt es sich dabei um Bundes- und Landesmittel, die wir weiterreichen oder selbst verbauen. Die Leistung vor Ort besteht darin bis Ende 2013 Partner auf kommunaler Ebene zu gewinnen oder eigene Angebote in kommunaler Regie umzusetzen. Diese erfolgreichen Bemühungen werden schlichtweg völlig unzulänglich in der Öffentlichkeit, außer in den interessierten Kreisen, wahrgenommen. Es wird als eine Selbstverständlichkeit angesehen, die es einerseits auch ist, andererseits in der Querschau zu anderen Städten auch in Bayern keinesfalls zu sein scheint.

Die Reform der Kommunalfinanzen ist auf Bundesebene nicht abschließend geglückt. Das einzige Element, das den Gang durch die Institutionen überlebt hat, ist die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. In der Endausbaustufe, die 2014 mit einer hundertprozentigen Kostenübernahme erreicht ist, erhalten wir 6,8 Mio. EUR dauerhaft, Jahr für Jahr mehr an Bundesmitteln. Dieser Entschluss des Bundes ist nicht nur nicht verkehrt für den kommunalen Haushalt, er hat sogar eine interkommunale sozial ausgleichende Komponente. Denn in der Regel (mit Ausnahmen) sind die Kommunen mit Haushaltsproblemen auch mit höheren Sozialhilfekosten belastet. Auf einen solchen Befreiungsschlag hat die kommunale Familie leider sehr lange, eigentlich zulange warten müssen.



Sehr geehrte Damen und Herren,

„Unsere Wünsche sind Vorgefühle der Fähigkeit, die in uns liegen, Vorboten desjenigen, was wir zu leisten imstande sind.“ (Dichtung und Wahrheit). Bei den Investitionen ist Würzburg Spitze! – Wir investieren im Kommunalhaushalt 2011 (!) rd. 27,6 Mio. EUR im Kernhaushalt. In 2012 planen wir 35,1 Mio. EUR Das ist die höchste Investitionsleistung der Stadt wahrscheinlich nach dem Krieg. Und diesmal schaffen wir es sogar ohne Konjunkturprogrammmittel. Allerdings auch mit einer Zuführung von 13,5 Mio. EUR ist klar erkennbar, dass wir vollständig abhängig sind von der Bewilligung von Fördermitteln des Freistaates oder des Bundes bei der Städtebauförderung. Hier zeigt sich auch wie wichtig das Werben der Würzburger Abgeordneten in Bund und Land ist, um den Standort voranzubringen, auch mit Investitionen in anderen Bereichen sei es Polizei oder Fachhochschule oder ZAE. Von nichts kommt nichts.

Zu diesen Investitionen im Kernhaushalt kommen auch noch unsere drei selbstgesetzten Investitionsprioritäten, die in den beiden Eigenbetrieben CTW und Theater angelegt werden sowie die Investitionen in das Nautiland in der neu zu errichtenden Bäder GmbH. Dies geht allerdings nur, wenn wir nicht in 2011 für 2012 bis 2015 uns heute „totplanen“. Die Frage, die ich mir als vorsichtiger Kaufmann sofort stelle: gibt es hier die Möglichkeit schnell gegenzusteuern, wenn ein Eisberg auftaucht?

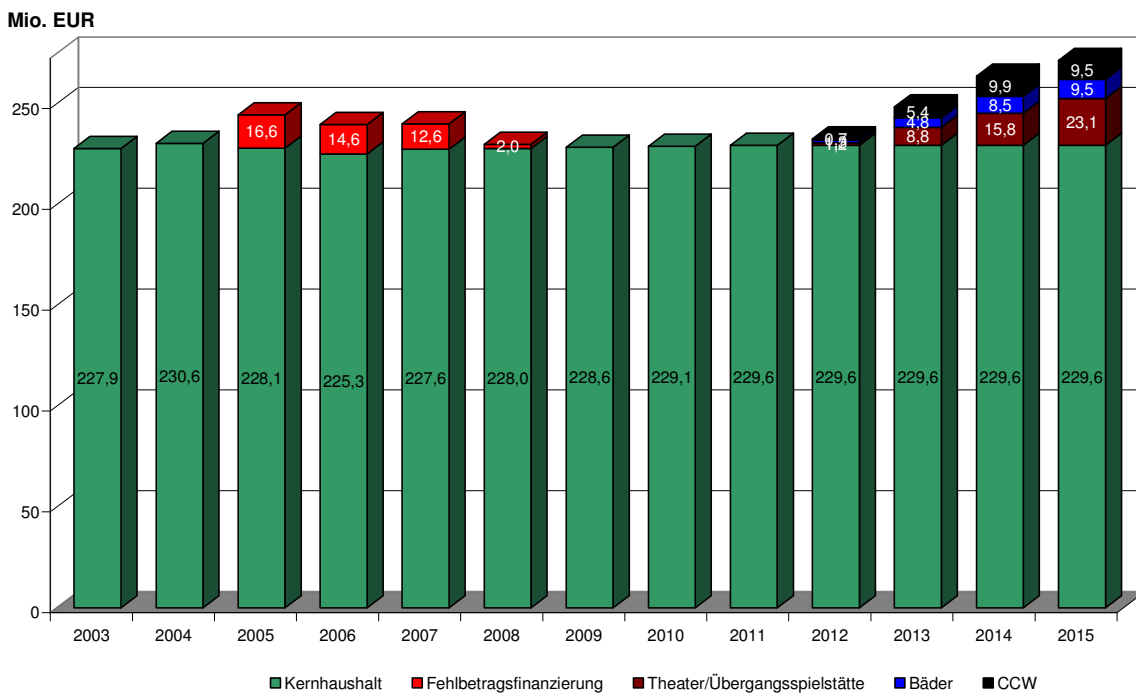
- Ja, die gibt es. Beim Kongreßzentrum handelt es sich um einen von drei Bauabschnitten, die wir gebildet haben und zwar den Kleinsten. Es geht um die Schließung der Passage unter dem CCW. Der Einstieg in die Sanierung und Attraktivierung zwingt nicht zur Fortsetzung der beiden weiteren Abschnitte, der Sanierung des Franconia-Saales und des Neubaus eines Konferenztraktes am Mainufer.
- Ja, auch beim Theater können wir noch bis ca. Sommer nächsten Jahres auf spätere Jahre ausweichen. Die Planungen Theater und Übergangsspielstätte bzw. dauerhaft

zweite Spielstätte werden sich bis dahin mit Sicherheit hinziehen und vorher gibt es zumindest von mir keinen Startschuss und kein fahrlässiges „go!“. Bei den anstehenden Haushaltsberatungen sind offenkundig eine Reihe von Fragen noch nicht abschließend genug beantwortet oder es scheint uns bei einigen Eckpunkten der Grundkonsens, den wir einmal hatten, verloren gegangen zu sein. Wir können bei diesen Beratungen daher nur Mittel bereitstellen, die Freigabe „wofür“ sollte sich dieser Stadtrat für eine separate Entscheidung für den Haushaltsvollzug nach Beantwortung dieser Fragen vorbehalten.

- Ja und auch bei der Bäder GmbH ist Zeit zum Einbremsen, da hier am wenigsten Planungsarbeit geleistet wurde und daher außer notwendiger Papierproduktion nächstes Jahr kein Bau beginnen wird. Im Übrigen, ein Wettbewerb ist aus Kostengründen nicht vorgesehen.

Im Bild gesprochen: Die nun zusätzlichen Belastungen können, aber müssen wir nicht auf offener See übernehmen.

### Schuldenstandsentwicklung



Die Finanzierung der investiven Jahresscheiben, die in den Eigenbetrieben ab 2012 anstehen, belastet den kommunalen Haushalt mit 2,4 Mio. EUR als dauerhaftem Zins- und Tilgungszuschuss. Dies steht im Einklang mit der permanenten Leistungsfähigkeit unseres Haushaltes. Wir reden über ein Fremdfinanzierungsvolumen in den Eigenbetrieben bzw. der neuen Eigengesellschaft von rd. 50 Mio. EUR. Leider zeitlich versetzt kommen die Fördermittel von überschlägig 10 Mio. EUR herein, so dass die absolute Schuldenstandserhöhung bei rd. 280 Mio. EUR ausläuft, rechnet man diese Eigenbetriebs- und GmbH-Schuldner hinzu, was wir bei dem Entwässerungsbetrieb oder der WSB GmbH auch nicht unternehmen. Ich bitte aber auch zu schauen, was wir bereits abgebaut haben, nämlich rd. 16 Mio. EUR aus 2003 und was wir aufgebaut haben nämlich Rücklagen von 17 Mio. EUR.



Kann sich die Stadt diese Schuldenlast leisten? Ich glaube aus heutiger Sicht ja und zwar aus drei Gründen:

1. Die Zins- und Tilgungsbelastung als Zuschuss an die Töchter liegt bei rd. 2,4 Mio. EUR. Das ist überschaubar.
2. Die bayerische Gemeindezeitung berichtete im Sommer diesen Jahres über das Abschneiden der 25 kreisfreien bayerischen Städte. Würzburg ist dabei mit Rosenheim am Besten durch die Krise 2009/2010 gekommen. Die Wirtschaftsleistung ist bei uns lediglich um 0,8 % eingebrochen. Zweitplaziert war Rosenheim mit einem Einbruch von 1,2 %. Die Landeshauptstadt verlor 1,8 %. Unsere Referenzstadt Regensburg verlor 7,4 % an Wirtschaftsleistung und Schweinfurt hatte die rote Laterne mit 9,4 %.
3. Schreibt der bayrische Kommunale Prüfungsverband in seinem Entwurf zur großen periodischen Prüfung neben vielen auch berechtigten kritischen Punkten folgenden zusammenfassenden Absatz zur permanenten Leistungsfähigkeit. Ich zitiere: *„Bei einer Gesamtbetrachtung – unter Einbeziehung der mangelnden Kreditkongurenz und der zusätzlichen Belastungen aus Fehlbetrag, Bürgschaft und kreditähnlichen Rechtsgeschäften – ist die freie Finanzspanne der Stadt als noch zufrieden stellend [also Note 3-] zu beurteilen. Diese Beurteilung dokumentiert anhand eines objektivierten Bewertungsmaßstabs, in welchem Grad die finanziellen Verhältnisse der Stadt „die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben“ gewährleisten. Gleichwohl soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich die städtische Finanzlage gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum 1999 bis 2003 außergewöhnlich günstig entwickelt hat“* Zitat Ende.

Das heißt insgesamt in Sack und Asche müssen wir nicht gehen. Wir haben ein haushalterisches Hemd an, mit dem man auch Laufen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,

gestern Abend durfte ich als Gast der Eröffnungsfeier des neuen Evangelischen Gymnasiums im Gebäude des ehemaligen Mozart-Schönborn-Gymnasiums beiwohnen. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, gemeinsam mit der evangelischen Kirche eine Verhandlungskultur zu entwickeln, die es erlaubt hat, die Schule zukunftsfähig zu machen. Der Erfolg hat dabei viele Väter. Als Personalreferent möchte ich hier vor Ihnen als Stadträten die Fachbereichsleiter Benkert, Schulz und Kempf sowie auch von CTW Herrn Grumbach hervorheben, die letztendlich die positive Verhandlungskultur, die auf oberster Ebene von meinem Kollegen Muchtar Al-Ghusain herbeigeführt wurde, auch mit konsensfähigen aber interessewahrenden Inhalten gefüllt haben.

Eines von zwei Ergebnissen, die ich hier hervorheben möchte, lautet: Wir investieren vorzeitig in Würzburger Schulen! Wäre ein Mozart-Schönborn-Gymnasium eine kommunale Schule geblieben, dann hätte sie, wenn überhaupt, eine Generalsanierung ab ca. 2020 erfahren. Die höhere Personalkostenentlastung des kommunalen Haushalts für die beurlaubten Beamten ermöglicht einen Sach- und Investitionszuschuss in gleicher Höhe, so dass die Nettobelastung für den Haushalt „Null“ ist. Dies war mir persönlich auch deswegen wichtig, damit keine andere städtische Schule argumentieren kann, es werde am Mozart-Schönborn Geld investiert, dass dadurch für die eigene Schule entzogen würde. Damit kann die Generalsanierung der Schule vorgezogen werden und damit wird die Würzburger Schullandschaft insgesamt attraktiver. Denn bedeutsamer als die Frage nach der Trägerschaft eines Gymnasiums, Freistaat, Landkreis, Stadt Würzburg oder Evangelische Kirche erscheint mir, dass die Schulen im Stadtgebiet gut ausgestattet sind und das möglichst frühzeitig und

nicht erst in ferner Zukunft. Darin liegt der eigentliche sofortige Vorteil für die Stadt Würzburg. Für Würzburger Schüler gibt es heute eine attraktivere Schule mehr.

Das zweite Ergebnis entwickelt sich wie folgt: In Schulen investieren wir aus dem kommunalen Haushalt zur Zeit allerhand. Neben unserem eigenen Großprojekt der FOS/BOS geben wir mittlerweile über vier Mio. EUR pro Jahr für den allgemeinen Bauunterhalt und Brandschutz und Sicherheitsmaßnahmen aus. Zur Erinnerung in 2007 waren es 2,2 Mio. und 2008 gerade einmal 2,5 Mio. EUR. Und nun kommt es: Im Vorgriff auf die Haushaltsberatungen möchte ich nämlich ausdrücklich darauf hinweisen, dass durch den Wegfall des Mozart-Schönborn-Gymnasiums eine Steigerung für die verbleibenden Schulen beinhaltet ist, da eben ein großes Schulobjekt aus der Standortliste herausgefallen ist. Ein „Anspruchsberechtigter“ weniger bei gleich hohem Etat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ureigentlich hatte ich vor, dieser Einbringungsrede zum regulären Haushalt 2012 eine Zeile voranzustellen und zwar ‚Einbringungsrede zum 2. Nachtragshaushalt 2011‘. Dieser Nachtrag hätte lediglich auf der Ausgabenseite die erste Ankaufsrate an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, der Kürze wegen BIMA genannt, beinhaltet und auf der Einnahmenseite die Finanzierung dieser Kaufpreisrate. Es besteht zwar mit der BIMA Einigkeit über die Höhe des Kaufpreises. Bezogen auf die ausstehende Altlastenuntersuchung im Bereich nördlich der Landebahn ist die BIMA aber nicht in der Lage vor März nächsten Jahres das beauftragte Gutachten vorzulegen. Ohne Gutachten können wir aber nicht kaufen, es sei denn, man räumt eine Haftungsfreistellung durch den Bund ein. Diese ist man aus prinzipiellen Erwägungen nicht bereit abzugeben. Den aktuellen Stand des Vertrages und die offenen ungeklärten Punkte erhalten sie als Informationsvorlage für den nächsten Konversionsausschuss am 07. Dezember. Es herrscht hier noch keine Not auf der Zeitachse, aber unbeschränkt Zeit haben wir hier auch nicht zur Verfügung, da unser Zieljahr mit der Eröffnung der Landesgartenschau gesetzt ist. Gleichwohl wissen wir aus teurer Erfahrung was Altlasten z.B. in der Zellerau kosten können.

Die Finanzierung des Kaufpreises sowie der Infrastrukturinvestitionen in Straßen, Kanäle, Leitungen ist haushaltsneutral angelegt. D.h. unser Aufwand ist in vollständiger Höhe – aber auch nicht mehr – durch Einnahmen in einem eigenen Haushaltsabschnitt abgebildet. Wie kommen wir dazu Einnahmen aus Verkäufen bereits heute darzustellen? Dies liegt daran, dass wir uns mit unseren städtischen Töchtern dahingehend verständigt haben, die Verkäufe baureifen Landes per Termin vorzuziehen. Wir vereinbaren die Kaufpreisfälligkeit auf heute bzw. nächstes und übernächstes Jahr und zwar abgezinst um den Vorfinanzierungsaufwand der bei den städtischen Töchtern anfällt. Die Einnahmeerwartungen liegen dabei noch oberhalb des Infrastrukturaufwandes. Das Ziel ist jedoch hier nicht den Haushalt schönzufärben, sondern lediglich die Aufwendungen einnahmengedeckt darzustellen und damit haushalterisch „einzukapseln“.

Sehr geehrte Damen und Herren,

investieren und nochmals investieren, könnte auch die Überschrift für den Haushalt 2012 und die Mittelfristige Finanzplanung lauten. Ich möchte dies doch noch einmal plakativ auf Sie wirken lassen. Würzburg schafft mittlerweile eine Investitionsquote von etwas über 10 %. Das ist für eine kreisfreie Kommune ein hervorragender Wert. Für Würzburg aber wie dargestellt ein Rekordwert.

Damit schließe ich mit dem obligaten Dank an die Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei mit denen ich das Vergnügen habe im Team zu arbeiten. Es sind dies neben Frau Umert, Herr Kemmer und Herr Leser neben den Kollegen, die Sie hier bei den Haushaltsberatungen immer

sehen Herrn Kempf, Frau Hecht und Frau Maihofer. Es ist vor allem ihre Leistung, dass Ihnen einen diskussionswürdiger Haushaltsentwurf vorliegt.

Vielen Dank.

Christian Schuchardt  
- Stadtkämmerer -